

Geht an: Herrn Direktor Aebi, Vorort;
Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie;
Herrn Präsident Junod.

No.

Bern, den 16. November 1967

Herrn Botschafter Zutter, Brüssel.

EE 777.10.2

Ca

A k t e n n o t i z

Anlässlich meines Besuches bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel stattete ich auch meinem belgischen Kollegen, dem Generaldirektor für Aussenhandel im Aussenministerium, Herrn de Smets, in Begleitung von Herrn Botschafter Zutter einen Besuch ab. Ich benützte dabei die Gelegenheit, als wichtigstes bilaterales Problem die Freislimitierung für pharmazeutische Produkte zur Sprache zu bringen.

Mein Gesprächspartner reagierte zuerst sehr scharf mit der Behauptung, es handle sich lediglich um eine Präferenzierung der EWG-Produzenten, die sich aus dem System der Zollunion ergebe und mit der sich Aussenseiter wie die Schweiz abzufinden hätten. Ferner sei eine Gewinnmarge von 30 %, wie sie in der pharmazeutischen Branche vorkomme, keineswegs schutzwürdig, sondern in höchstem Masse unsozial etc. etc. Ich erwiderte darauf, dass die Zolldiskriminierung der EWG von uns ebensowohl hingenommen werden müsse wie diejenige der EFTA von Belgien. Die Begrenzung der Margen hätte jedoch damit nichts zu tun und könne sich auf keine Bestimmung des Römer Vertrages stützen. Im Übrigen entwickelte ich die bekannten Thesen betreffend Aufwendigkeit der Forschung auf dem Pharmasektor.

Herr de Smets gab schliesslich zu, dass unsere Klagen berechtigt seien. Die Verwaltung stehe jedoch unter starkem innenpolitischem Druck, gegen den sie nicht aufkomme. Immerhin gab Herr de Smets in unserer Anwesenheit Auftrag an den zuständigen Sachbearbeiter, die Angelegenheit neu zu überprüfen und wenn möglich konstruktive Lösungsvorschläge auszuarbeiten.

- 2 -

Am wirkungsvollsten schien jedoch auf Herrn de Smets unser Argument zu sein, dass nächste Woche eine belgische Delegation in die Schweiz kommen werde, um Investitionen in Belgien auszulösen, und dass man angesichts dieses Umstandes mit einer positiveren Bereitschaft zur gegenseitigen Rücksichtnahme auf Wirtschaftsinteressen sollte rechnen können. Herr de Smets ermunterte uns, diese Angelegenheit gegenüber dem belgischen Wirtschaftsminister zu erwähnen. Ich werde dies anlässlich des Zusammentreffens in Bern selbstverständlich tun; die Wirksamkeit der offiziellen Demarche wird jedoch auch davon abhängen, mit welchem Nachdruck seitens der Industrie auf die Bedeutung dieses Problems hingewiesen wird. Kopie dieser Notiz geht daher an den Vorort, die Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie und Herrn Präsident Junod.

sig. Jolles